



INHALT

Bismarckbad muss Neubau weichen 1

Wohnen auf dem „Asche“-Gelände 1

Freifläche am Fährterminal 2

Kommunaltrasse Große Bergstraße 2

Blankeneser Bahnhof verkauft 2

Ratsinformationssystem kommt 3

Frontalangriff von Schwarz-Grün auf Bezirkschef Fock 3

Altonaer Radwege „erbärmlich“ 4

Verwaltung auf Raumsuche 4

Teurer Umbau Flottbeker Markt 5

„Gammelfleisch“ auch in Altona 5

Grünzug-Bürgerbegehren gescheitert 6

XFEL-Projekt: Hightech vor der Tür 6

Die Tagesordnung der Bezirksversammlung am 28.9. im Netz: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/altona/bezirksversammlung/sitzungstermine/start.html>

Bismarckbad muss weichen

Nach Berichten des Abendblatts plant die Deutsche Grundvermögen (DGAG) noch in diesem Jahre einen Abriss des Bismarckbades. An seiner Stelle soll eine Erweiterung des benachbarten „Mercado“ entstehen. Die Bäderland Hamburg GmbH hatte Ende 2005 das Bad an die DGAG veräußert, die bereits das benachbarte Mercado und das "Bahnhof Altona Shopping" betreibt. Dem Abendblatt bestätigte Geschäftsführer Martin Mörl, daß Burger King auf



Bismarckbad vom Mercado-Parkhaus aus gesehen

jeden Fall eine Fläche im Neubau erhält. Die SPD hatte darauf gedrängt, dass wenigstens die große Schwimmhalle erhalten bleibt. Durch den sehr hohen Kaufpreis sei das wirtschaftlich nicht darstellbar

gewesen, hieß es dazu von der DGAG. Bleibt nur zu hoffen, dass bei den Bauarbeiten keine Knochen des nebenan liegenden jüdischen Friedhofes auftauchen.

Wohnen statt Pflendrehen „Asche“-Fabrik abgerissen

Die Abrissbirne hat in Ottensen wieder zugeschlagen. Auf dem Gelände der früheren ASCHE AG an der Fischers Allee entstehen die „Fischers Höfe“. 52 Neubau-Eigentumswohnungen mit 61 bis 151 m² Wohnfläche und 2 bis 5 Zimmern, auf einer und auf mehreren Ebenen als Maisonette, gruppieren sich um einen ruhigen Wohnhof: mit kleinen Gärten, Balkonen, Terrassen und Dachterrassen. Bauherr ist die in Altona ansässige Behrendt Wohnungsbau GmbH mit Sitz in der Friedensallee. Der Großteil der Wohnungen ist bereits verkauft, die Nachfrage offenbar groß.

Allerdings ist Ottensen ein teures Pflaster. Seit 2001 sind die Preise für Neubauwohnungen in Ottensen um fast 40 Prozent gestiegen. Derzeit liegen die Quadratmeterpreise bei mehr als 3000 Euro. Trotzdem sind die meisten geplanten Neubauwohnungen schon verkauft, bevor die Bagger mit ihrer Arbeit beginnen. Die Schließung des Asche-Werkes ist durch den Mutterkonzern Schering AG betrieben worden. Der erzielte hohe Grundstückspreis machte rechnerisch kaum eine andere Nutzung als Eigentumswohnungen möglich.



Reste der alten ASCHE-Fabrik an der Fischers Allee



So sollen die neuen Gebäude aussehen



Die rot markierte Fläche war bis Ende August von der Finanzbehörde ausgeschrieben

## Freifläche am Fährterminal - wer macht das Rennen?

Die populären drei Beachclubs „Hamburg Del Mar“, „Lago Bay“ und „City Beach Club“ haben am Wochenende ihre Tore an der Großen Elbstraße geschlossen. Die Stadt hat erstmalig darauf bestanden, dass die Flächen besenrein zurückgegeben werden. Im nächsten Jahr sollen dort Wohnungen und weitere Büros entstehen. Mit Unterstützung der Holsten Brauerei bewerben sich die

Beachclubs jetzt um die Freifläche neben dem Terminal der früheren England-Fähre an der Van-der-Smissen-Straße. Die Stadt verlangt eine jährliche Miete von 210.000 Euro. Der Vertrag soll vier Jahre laufen. Der SPD-Fraktion war das Konzept „Smissen Beach“ der drei Clubs bereits vorgestellt worden. Sie unterstützt das Vorhaben jetzt mit einem Antrag für die

Bezirksversammlung im September. Im Oktober will die Finanzbehörde einen neuen Pächter vorstellen. Vorher wird die Kommission für Bodenordnung noch die Bewerbungen beraten und eine Empfehlung aussprechen. Nach Berichten der Morgenpost haben sich mindestens fünf weitere Interessenten um das Filetstück am nördlichen Hafenrand beworben.



Die Trasse kurz vor der Fertigstellung. Deutlich zu sehen ist der sehr knappe Abstand zwischen Fahrweg und Tischen des Eiscafés

## Kommunaltrasse Große Bergstraße

Allen Sicherheitsbedenken zum Trotz hat das Bezirksamt die so genannte „Kommunaltrasse“ jetzt bauen lassen. Die Bustrasse zwischen Jessenstraße und Goetheplatz steht kurz vor der Fertigstellung. Sie soll zum kommenden Winterfahrplan die drei Buslinien 37, 112 und 283 durch die Große Bergstraße führen. Das bedeutet, dass im Minutenabstand große HVV-Linienbusse an den Gastronomietischen entlang fahren werden. Bereits 2004 hatte der Bund der Steuerzahler den Umbau in seinem Schwarzbuch kritisiert: „400 Meter der neu gestalteten Große

Bergstraße in Hamburgs Szeneviertel Altona gelten mittlerweile, pro Quadratmeter gerechnet, als teuerste Tiefbaustrecke der Stadt. 1,8 Mio. Euro verschlang die Umgestaltung der mittlerweile stark verwahrlosten Einkaufsmeile bisher - und das ist noch nicht alles. Weil nun wieder Buslinien durch die Straße führen sollen, muss das Pflaster erneut aufgerissen und für den Busverkehr belastbar gemacht werden. Seinen von der Lokalpresse bereits heute liebevoll vergebenen Namen „Boulevard Grande Montagne“ wird der Straßenzug jedoch erst nach Abriss der

leerstehenden Betonburgen aus den 70er Jahren zu Recht tragen können. Alle anderen Verschönerungsmaßnahmen wären reine Steuergeldverschwendung.“ Aus SPD-Sicht kommt der erneute Umbau der Trasse tatsächlich zum falschen Zeitpunkt. Dreh- und Angelpunkt der weiteren Entwicklung des Quartiers ist die Zukunft von „Forum“ und „Frappant“. Mehrere Investoren interessieren sich für die beiden Grundstücke. Ob bereits heute HVV-Busse durch die Fußgängerzone fahren, sei derzeit ohne Belang für die Investitionen, hieß es von Projektentwicklern.

## Blankeneser Bahnhof verkauft



Die Bahn AG hat sich vom denkmalgeschützten Bahnhof Blankenese getrennt. Die Deutsche Grundvermögen (DGAG) hat das historische Bau-

werk ihrem Immobilienportfolio hinzugefügt. Das Gebäude soll behutsam restauriert und instandgesetzt werden. Die dann zur Verfügung stehenden

Flächen werden überwiegend dem Einzelhandel zur Verfügung gestellt. Die DGAG entwickelt derzeit bereits die Bebauung um den Bahnhof herum.



## Ratsinformationssystem für die Bezirke Arbeitshilfe und Verbindung zum Bürger

Amt und Senat haben lange geplant - nun wird es konkret: Die Hamburger Bezirke bekommen ein Ratsinformationssystem. Was bringt es den Bürgern, der Verwaltung den Politikern?

Der wichtigste Vorteil für die Bürger ist, dass sie das Geschehen in der Bezirksversammlung und in den meisten Ausschüssen besser verfolgen können. Künftig kann man sich aus einem Dokument gezielt die Abschnitte herausuchen, zu denen man Informationen sucht. Auch die Verwaltung sollte es künftig einfacher haben. Manches Papier wird man Bürgern oder Politikern nicht mehr zusenden müssen - ein Verweis auf die Fundstelle

im Web wird reichen.

Die Politiker müssen sich nun langsam von ihren lieb gewonnenen deckenhohen Papierstapeln zuhause trennen - oder gnadenlos alles ausdrucken. Wo bisher Ablagen und Umschläge, Haufen und Stapel Regie führten, werden künftig hoffentlich Mouse und Bildschirm regieren. Wo jede Recherche mutig begann und nach Stunden zwischen Aktendeckeln versandete, winkt die Chance, mit wenigen Klicks zum (Informations-) Ziel zu gelangen - wenn denn die zu erwartenden Kinderkrankheiten erst einmal überwunden sind.

Maß genommen wurde für die Hamburger Bezirke an dem System, das in der

Stadt Herford zurzeit schon mit Erfolg betrieben wird. Dort sind unter [www.herford.de](http://www.herford.de) („Sitzungsdienst“) schon jetzt Anträge, Tagesordnungen und Niederschriften öffentlich einsehbar. Für Kommunalpolitiker erwünschter Nebeneffekt: Man kann sich leichter zum aktuellen Thema Formulierungen- und Gestaltungsanregungen aus den Gremien anderer Kommunen holen. Insgesamt gibt es also berechtigte Hoffnung, dass das neue System, das den Mitgliedern der Bezirksversammlung Altona Ende September vorgestellt wird, nach einer Aufbauphase zu mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie und Papier führt.



Das Ratsinformationssystem der Stadt Herford ist Referenzprojekt für Hamburgs Bezirke ([www.herford.de](http://www.herford.de))

## Frontalangriff von Schwarz-Grün auf das Bezirksamt - aus Schwerin nichts gelernt?

Wer geglaubt hat, die Nachrichten über die geringe Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und den Einzug der NPD in den dortigen Landtag hätten auch nur länger als zwei Stunden für Nachdenken bei schwarz-grün in Altona gesorgt, musste sich eines besseren belehren lassen. Noch während landauf und landab darum über geklagt wurde, dass sich die Wähler von den Parteien abwenden, wurde in Altona eine Schmierenskomödie gestartet, die ihresgleichen sucht. Insider fühlten sich

stark an den Rausschmiss des früheren Bezirksamtsleiters Dr. Uwe Hornauer (SPD) erinnert. Abseits jeglicher sachlichen Auseinandersetzung starteten CDU und GAL jetzt den Versuch, die Person des Altonaer Bezirksamtsleiters Hinnerk Fock zu demontieren. Damit nicht genug, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden gleich mit auf's Korn genommen. Zum Glück erfolglos, Fock bleibt bis auf weiteres im Amt.

Die Altonaer SPD Fraktion hatte sich zunächst mit eigenen Kommentaren

weitgehend zurückgehalten. Nicht etwa, weil sie ohne Meinung oder Kritik wäre, sondern mit Rücksicht auf die Person des Bezirksamtsleiters. Der Umgang mit anderen Menschen gebietet es aus SPD-Sicht, Kritik vernünftig und von Mensch zu Mensch zu äußern und nicht gleich den Weg über die Presse zu gehen.

In diesem Sinne wird auch dieser Artikel für CDU und GAL nichts Neues darstellen, unsere Kritik ist dort bereits bekannt. Die Wirkung ist leider gleich Null.



Typische Handbewegung des Bezirksamtsleiters: Hinnerk Fock bei der Eröffnung des „Servicepunkt“ Altonaer Bahnhof



Radfahrer müssen artistische Fähigkeiten mitbringen, um Gefahren auf den Radwegen zu entgehen.

## Bezirksamt schlägt Alarm: Altonaer Radwege in „erbärmlichem Zustand“

„Die benutzungspflichtigen Radwege befinden sich teilweise in einem erbärmlichen Zustand. Jährlich sind mindestens 500.000 € für den Bau, die Unterhaltung und die Instandsetzung vorhandener Radwege erforderlich.“

Das gab das Bezirksamt Altona jetzt in einer Schriftlichen Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Adrian zu. Allerdings musste das Bezirksamt auch einräumen, dass etliche zehntausend Euro für die Bauunterhaltung der Radwege zwar im Haushalt bereit standen. Sie konnten aber „wegen Personalmangels nicht in Anspruch genommen“ werden. Folge: Aufträge an Tiefbaufirmen wurden gar

nicht erst nicht erteilt.

Die Folgen sind im täglichen Straßenbild zu sehen. Radfahren wird in Altona zunehmend zum „Crossing“, wie es sonst von Mountainbike-Fahrern im Gelände bewusst gesucht wird. Kinder und ältere Menschen haben dabei das Nachsehen. Die SPD-Fraktion will sich damit nicht abfinden und stellt einen dreiseitigen Antrag in der September-Bezirksversammlung. Hauptvorwurf der SPD an die regierende CDU: Das Rad spielt in den verkehrspolitischen Überlegungen des Senats in den letzten Jahren eine untergeordnete Rolle.

Die SPD erinnerte daran, dass der rot-grüne Senat in der 16. Legislaturperiode

von 1997-2001 ein „Veloroutenkonzept“ für Hamburg erarbeitet und mit der Umsetzung begonnen hatte. Mit dem Regierungswechsel nach der Wahl 2001 wurde das Veloroutenkonzept ersatzlos gestrichen und die Bedingungen für das Fahrradfahren in Hamburg verschlechtert.

Um den Radverkehr wirklich nachhaltig fördern zu können, müssen die Haushaltsmittel zur Förderung des Radverkehrs auf Dauer wieder erhöht und weitergehende Mittel zur Umsetzung der Konzeption eines Alltagsverkehrsnetzes bereitgestellt werden, fordert die SPD.

Den kompletten Antrag finden Sie auf der Homepage [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de).



Die Vorgaben des Senats zur Neuorganisation der Bezirksverwaltung finden sich in der Bürgerschafts-Drucksache 18/ 2498 ([www.buergerschaft-hh.de/parldok](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok))

## Altonaer Rathaus bleibt Hauptsitz der Bezirksverwaltung - neue Gebäude geplant

Die von Senat und Bürgerschaft mit Stimmen der SPD auf den Weg gebrachte Bezirksverwaltungsreform nimmt Konturen an. Das Bezirksamt Altona hat konkrete Vorschläge zur Umsetzung in Form eines Raumkonzeptes erarbeitet und dem Hauptausschuss präsentiert. Die neue Organisationsstruktur und die Einrichtung von Dienstleistungszentren anstelle des Ortschaftes macht eine vollständige Überplanung des gesamten Raumbestandes erforderlich. Gleichzeitig soll die Chance zur Optimierung genutzt werden.

Im Dienstgebäude Rathaus Altona werden wie bisher die Bezirksamtsleitung, die Dezernenten und das Dezernat für Steuerung und Service untergebracht bleiben. Es gibt allerdings eine ganze Reihe offener Punkte. So fehlen noch Räume für das soziale Dienstleistungszentrum Altona-West. Das entsprechende Zentrum für das Altonaer Kerngebiet soll eigentlich in die Alte Königstraße 29-39 ziehen. Es ist allerdings nicht möglich, dort alle Leistungen unter einem Dach unterzubringen. Würde man in das Altonaer Rathaus damit ge-

hen, müssten andere Dienstleistungen wie zum Beispiel die Ausländerabteilung ausziehen. Klar ist heute aber auch schon, dass das Verbraucherschutzamt und der Zuführdienst in das „VIVO“ an der Bahrenfelder Straße ziehen. An der August-Kirch-Straße wird der Bauhof eingerichtet.

Die Bezirksversammlung muss vor den abschließenden Entscheidungen angehört werden und kann daher mitreden. Die Verwaltung plant, dem Hauptausschuss im Oktober ein Detailkonzept vorzulegen.

## Umbau Flottbeker Marktplatz kostet bis zu 500.000 Euro

Der Planungsausschuss hat sich erneut mit den Plänen des Bezirksamtes für eine Neugestaltung der Marktfläche befasst. Die SPD-Fraktion interessierte sich vor allem für die Kosten des umstrittenen Vorhabens. Das Bezirksamt schätzt, dass die Umgestaltung und Sanierung der Marktfläche zwischen 300.00 und 500.00 Euro kos-

ten würde. Entscheiden muss die Politik aber auch über die Bereitstellung eines Teils der Marktfläche für ALDI. „Angesichts der Kritik aus dem Umfeld stellt sich uns die Frage, ob die Ansiedlung eines zusätzlichen Discounters an der Osdorfer Landtrasse wirklich sein muss. Die Gelder, die für eine Reparatur des heutigen Wochenmarktes

nötig sind, mögen zunächst hoch erscheinen, sind aber im Vergleich mit anderen Investitionsvorhaben der Stadt doch eher überschaubar“, so Thomas Adrian, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Die gesamte Liste mit Fragen und Antworten finden Sie auf unserer Homepage [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de)



Die Marktfläche könnte eine Generalüberholung gut gebrauchen

## „Gammelfleisch“-Skandal erreicht Altona

Traurig, aber wahr: Geradezu turnusmäßig müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Zeitung von Fleischskandalen lesen. Mal ist es der Fund von Gammelfleisch, dann grassiert die Schweinepest oder die Maul-und-Klauen-Seuche, später sind die Puten krank oder das nächste Gammelfleisch ist gefunden worden – von BSE mal ganz zu schweigen. Jetzt hat es Altona direkt erwischt. In einem Kühlhaus wurde Mitte November letzten Jahres Putenfleisch sichergestellt, das im Verdacht stand, nicht mehr für den Verzehr geeignet zu sein. Doch damit war der Spuk nicht zu Ende, im Gegenteil: Das Fleisch verschwand einfach aus dem Kühlhaus!

Das Verbraucherschutzamt Altona mühte sich zwar, bei Staatsanwaltschaft und Polizei in Erfahrung zu bringen, was mit den ca. 8 Tonnen Putenfleisch geschehen war, doch die Zusammenar-

beit mit den niedersächsischen Stellen, in deren Zuständigkeit die Geschichte fiel, klappte offenkundig nicht. Erst jetzt hat sich der Nebel gelichtet. Zwei lange Seiten brauchte nun das Altonaer Verbraucherschutzamt, um in einer Pressemitteilung zu erklären, wer wann von was informiert worden ist – und wer nicht.

Ein kurioser Einzelfall? Wohl leider nicht. Die Probleme sind symptomatisch. Die acht Stellen, die das Altonaer Verbraucherschutzamt für die Lebensmittelkontrolle hat, sind noch immer nicht zu 100 Prozent besetzt. Dabei kommen die Lebensmittel-

kontrolleure nicht einmal ihren Regelaufgaben nach. So genannte EU-Betriebe, die (an sich) einer sehr strengen Aufsicht unterliegen, müssen eigentlich täglich kontrolliert werden. Auch Zerlegebetriebe müssen häufig aufgesucht werden. Doch das kann das Verbraucherschutzamt mit den wenigen vorhandenen Stellen nicht schaffen. Kommt dann noch etwas Unvorhergesehenes wie die Vogelpest hinzu, sieht es ganz düster aus.

Deshalb hat die SPD-Fraktion Altona eine Kleine Anfrage gestellt, die die Personalsituation des Verbraucherschutzamtes Altona und die bisherige



Was kann man bloß noch essen?

Frequenz der regelhaften Kontrollen genauer beleuchten soll. Außerdem fragt die SPD-Fraktion auch nach den Konsequenzen aus dem bundesweiten Gammelfleisch-Skandal und der Umsetzung des zwischen Bund und Ländern beschlossenen „13-Maßnahmen-Pakets“.

### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Geschäftsstelle: Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/38 61 56 43, Email: [info@spdfraktionaltona.de](mailto:info@spdfraktionaltona.de) [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de);  
Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa





Auf der Fläche der heutigen Kletterwand soll das neue Schwimmbad entstehen

## Bürgerbegehren gegen Grünzug-Eingriff gescheitert

Die sechsmonatige Unterstützungsfrist des Bürgerbegehrens „Erhalt des Walter-Möller-Parks“ ist beendet. Dem Bezirksamt wurden insgesamt 1.094 gültige Unterschriften vorgelegt. Für das Zustandekommen des Bürgerbegehrens waren 5.321 gültige

Unterschriften notwendig (Drittel-Quorum 1.774 Unterschriften). Damit ist das Bürgerbegehren schon im Vorfeld gescheitert. Der Grünzug muß in Teilen weichen, um Platz für ein neues Schwimmbad zu schaffen, das neben der früheren Bruno-Tesch-Gesamtschule

entstehen und das Bismarckbad ersetzen soll. Gegen diesen Eingriff wehrte sich die Initiative aus Altona-Altstadt. Die Altonaer SPD hatte das Bürgerbegehren nicht unterstützt und keine Hilfe bei der Unterschriftensammlung geleistet.



Das etwa 2 Hektar große Betriebsgelände DESY-Bahrenfeld ist der Anfangspunkt des Röntgenlasers. In etwa 38 m Tiefe beginnt hier der Haupttunnel der XFEL-Anlage. Die Graphik zeigt eine geplante Experimentierhalle. (Quelle: DESY, Hamburg)

Weitere Infos unter [www.xfel.net/de/](http://www.xfel.net/de/)

## Hightech vor der Haustür: Grünes Licht für den XFEL

Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 20. Juli 2006 hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld grünes Licht für die Realisierung des Röntgenlaserprojektes XFEL gegeben. Im Hamburger Westen wird auf dieser Grundlage durch den Betreiber DESY in den kommenden Jahren ein technologisch herausragendes Projekt realisiert. Die Tunnelanlage mit einer Länge von 3,4 Kilometern wird von Bahrenfeld bis nach Schenefeld gebaut. Gleichzeitig entstehen im Bereich der Osdorfer Feldmark und in Schenefeld verschiedene Hochbauten. Nicht nur deshalb, sondern auch wegen der Beeinträchtigungen während der Bauphase und einer möglichen Schließung des Freibades hat die „Borner Runde“ als lokale Interessenvertretung der Bürger sowohl während des Verfahrens, als auch nach

Veröffentlichung des Beschlusses umfangreich zu dem Vorhaben Stellung bezogen. Dabei geht es ihr nicht darum, das Vorhaben zu behindern oder gar abzulehnen, sondern darum, die Beeinträchtigungen möglichst gering zu halten.

Sie wird hierbei von der Altonaer SPD-Fraktion unterstützt, welche einen umfangreichen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht hat.

„Wir freuen uns, dass das XFEL-Projekt realisiert wird und appellieren an alle Beteiligten, jetzt gemeinsam an einer nachbarschaftsverträglichen Lösung zu arbeiten“, so Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender der SPD und selbst Osdorfer Abgeordneter. Die Tatsache, dass die Anlage - anders als zuerst geplant - im Tunnelvortrieb gebaut wird und damit weniger Bauverkehr entsteht, ist ein erster wichtiger Schritt.

Auch die Begrenzung der Bauverkehre in der Straße Flottbeker Drift auf ein Jahr geht in die richtige Richtung. Jetzt muss es darum gehen, auch das Thema Lärmschutz möglichst im Sinne der Anwohner zu regeln und sicherzustellen, dass die Osdorfer Feldmark als Erholungsraum für den Osdorfer Born erhalten bleibt, wozu unbedingt auch das Freibad gehört“, so Adrian weiter.

Soweit bekannt, wird die schwarz-grüne Mehrheit der Bezirksversammlung den SPD-Antrag und damit die Forderungen aus dem Stadtteil in der Sitzung am 28. September ablehnen.